

Eine teure Behandlung

Die Krankenkassen werden neu wohl alle Hepatitis-C-Medikamente bezahlen

SIMON HEHLI

Bis vor kurzem herrschte unter den Schweizer Hepatitis-C-Patienten eine Zweiklassengesellschaft: Praktisch nur jene, bei denen die Erkrankung der Leber fortgeschritten war, bekamen die hochwirksamen, aber enorm teuren Medikamente der neuen Generation vergütet. Aus der eigenen Tasche konnten viele der übrigen Erkrankten die Mittel, die mehrere zehntausend Franken kosten, nicht bezahlen – weshalb sich einige die Präparate deutlich günstiger in Indien besorgten.

«Lösung ist in Sicht»

Doch nun steht offenbar ein Durchbruch bevor: Bald sollen die Krankenkassen den Hepatitis-C-Patienten alle Behandlungen bezahlen – neu wären damit auch die Medikamente Harvoni und Epclusa des amerikanischen Konzerns Gilead voll kassenpflichtig. Das meldet Hepatitis Schweiz, ein Netzwerk von Hepatitis-Spezialisten, unter Berufung auf Informationen von Gilead. Dem Vernehmen nach ist Gilead dem Bundesamt für Gesundheit (BAG) in den Verhandlungen um die Preise entgegengekommen: Die Behandlung mit einem der beiden Medikamente, für die einst zwischen 40 000 und 50 000 Franken fällig wurden, soll künftig noch rund 30 000 Franken kosten. Damit wäre sie etwa gleich teuer wie jene mit dem Mittel Zepatier des Konkurrenzunternehmens Merck Sharp & Dohme, welches das BAG bereits im Juli für sämtliche Patienten für kassenpflichtig erklärt hatte.

Gilead und das BAG wollen eine definitive Einigung derzeit nicht bestätigen. «Eine Lösung ist in Sicht, aber die Gespräche sind noch nicht abgeschlossen», sagt Peter Hüsey, zuständig für den Bereich Hepatitis bei Gilead Schweiz. Philip Bruggmann, Präsident von Hepatitis Schweiz, spricht dennoch bereits von ausgezeichneten Neuigkeiten für die Patienten. «Nun können endlich alle Genotypen von Hepatitis C in allen Stadien behandelt und die Betroffenen mit hoher Wahrscheinlichkeit geheilt werden.» Die Heilung aller Hepatitis-C-Betroffenen ist laut Bruggmann vor allem deshalb wichtig, weil bei diesen Personen ein erhöhtes Risiko für Herz-Kreislauf-Erkrankungen oder Diabetes bestehe.

Laut dem BAG sind etwa 0,7 Prozent der Schweizer Bevölkerung mit dem Virus infiziert, rund 58 000 Personen. Der Männeranteil beträgt rund 70 Prozent, viele haben sich beim Spritzen von Drogen mit verunreinigten Nadeln angesteckt. Doch weil die Infektion bei einer Mehrheit in den ersten Jahren ohne Symptome verläuft, wissen zahlreiche Betroffene gar nicht, dass sie das Virus in sich tragen – Bruggmann geht davon aus, dass dies bei der Hälfte der Infizierten der Fall ist. «Unser Ziel muss nun sein, diese Menschen einer Behandlung zuzuführen.»

Kosten von 1,3 Milliarden

Dadurch liessen sich zwar allfällige langfristige Folgekosten verhindern – etwa für die Behandlung von Leberzirrhosen und Leberzellenkrebs. Doch kurz- und

mittelfristig kämen grosse Ausgaben auf das Gesundheitswesen zu: Eine Studie der Universität Bern geht von bis zu 43 000 unbehandelten Personen aus. Würden sie alle Medikamente für 30 000 Franken erhalten, ergäbe dies Kosten von 1,3 Milliarden Franken. Sandra Kobelt vom Krankenkassenverband Santésuisse spricht dennoch von einem «Schritt in die richtige Richtung – denn eine Hepatitis-C-Behandlung kommt jetzt günstiger zu stehen als eine Chemotherapie».

Im Ausland günstiger

Im Vergleich mit dem Ausland seien die Mittel aber immer noch viel zu teuer: In Australien beispielsweise gibt es Generika für unter 2000 Franken. «Wir erwarten weitere deutliche Anpassungen beim Preis», sagt Kobelt. Auch eine Lockerung des Territorialprinzips verlangt Santésuisse. Dadurch könnten die Krankenkassen jene Medikamente vergüten, welche Schweizer Patienten günstiger im Ausland kauften.

Auch der Konkurrenzverband Curafutura warnt vor einem «massiven Kostenschub, den allein die Prämienzahler zu stemmen haben». Denn die vom BAG verhandelte Preisreduktion sei im Verhältnis viel kleiner als die zusätzliche Zahl von möglichen Patienten, die neu Hepatitis-C-Medikamente erhielten. Direktor Pius Zängerle fordert deshalb, dass die Krankenkassen und Patientenorganisationen ein Mitsprache- und Rekursrecht bei der Festlegung von Medikamentenpreisen erhalten.